

## #4 Herausforderungen des demokratischen Systems

Wie jedes andere System, muss sich auch das demokratische System verschiedenen Herausforderungen stellen. Zum einen sind die Erwartungen der Wähler\*innen und der Gewählten an das System nicht immer gleich. Zum anderen ist ein Ausbalancieren von verschiedenen Interessen in der Demokratie teilweise schwierig. Daher macht es Sinn, sich über die Einstellungen und Aktivitäten von Politiker\*innen und Parteien ausführlich zu informieren und zudem auch selber politisch aktiv zu werden.



### 1. Stolperstein Erwartungen an die Demokratie

Eine Herausforderung für die Demokratie ist zum Beispiel die unterschiedliche Erwartungshaltung der Wähler\*innen und Politiker\*innen an das demokratische System. So legt das Grundgesetz ein starkes Gewicht auf eine repräsentative Politik.

Die Politiker\*innen übernehmen im Auftrag der Bürger\*innen Verantwortung für staatliche Aufgaben und führen die Staatspolitik durch. Doch sind die Wünsche von Wähler\*innen und Gewählten an die Umsetzung einer repräsentativen Politik an einigen Stellen verschieden.

Zum Beispiel sehen deutsche Parlamentarier\*innen laut der Parlamentarierstudie DEUPAS 2011 die Zuständigkeit für gesellschaftliche Veränderung und Innovation häufig bei den Bürger\*innen und nicht bei der Politik. So äußert sich ein befragter Abgeordneter in dieser Studie: "... Veränderungen der Gesellschaft kommen nicht von oben verordnet zustande, sondern nur durch Veränderungen in Einstellungen und Verhalten der Bürger."

Diese Erwartungshaltung setzt gut informierte Bürger\*innen voraus, die die aktuellen Veränderungen im Blick haben und diese aktiv mitgestalten können. Jedoch sind viele Parlamentarier\*innen der Meinung, dass die Bürger\*innen nicht ausreichend über aktuelle Themen informiert werden.

Gegen dieses Informationsdefizit können mehr Informationsprogramme helfen, der größte Bedarf liegt hierbei laut der befragten Abgeordneten im Bereich Bildung und Erziehung. (1)

Obwohl die Abgeordneten die Verantwortung für den gesellschaftlichen Wandel bei den Bürger\*innen sehen, können sie sich selbst nicht aus der Verantwortung ziehen. Um die Stimmen der Wähler\*innen zu gewinnen werden oft unrealistische Wahlversprechen gemacht, die nicht alle umgesetzt werden können. So sind die Erwartungen der Wähler\*innen an den Staat besonders hoch.

Viele Bürger\*innen geben dann die ganze Verantwortung an den Staat ab und schränken somit ihre eigene Einflussnahme auf dem politischen Prozess ein. Die Bürger\*innen können jedoch etwas tun, indem sie sich aktiv der eigenen Verantwortung für aktuelle Probleme stellen und sich verstärkt für ihre Interessen engagieren, zum Beispiel über Bürgerentscheide, Vereinsarbeit und Gemeinde- sowie Integrationsräte. (2) (3)



### 2. Stolperstein Lobbyismus

Auch das Phänomen des Lobbyismus stellt eine besondere Herausforderung in unserem demokratischen System dar. Er kann sich wie folgt äußern:

- Lobbyist\*innen können Inhalte von Gesetzesentwürfen beeinflussen. Gleichzeitig vertreten sie Personen und Firmen, die von diesen Gesetzen direkt betroffen sind.
- Wie der „Drehtür-Effekt“ beschreibt, gibt es Fälle in denen Spitzenlobbyist\*innen aus der Wirtschaft in Leitungspositionen verschiedener Ministerien wechseln.
- Politiker\*innen werden teilweise über Sponsoring und Spenden aus der Wirtschaft (4) finanziert und stehen unter dem Verdacht, hierfür direkte Gegenleistungen zu erbringen

Politiker\*innen sind auf externe Expertise bzw. Beratung angewiesen, da sie viele komplexe Aufgaben zu erfüllen haben. Hierbei kann es jedoch dazu kommen, dass die angefragten Expert\*innen ihre Interessen intensiv in die Entscheidungsfindung der Politiker\*innen einfließen lassen. Wenn dies nicht transparent gemacht wird, stellt dies eine Gefahr für den fairen Wettbewerb in unserem System dar.

Dadurch können Interessenkonflikte entstehen, welche aus die Demokratie sowie die Vertretung und Umsetzung des Willens der Wähler\*innen in Gefahr setzen können. Lobbyismus ist kein neues Phänomen. Neu ist jedoch, dass Politiker\*innen die engen Kooperationsbeziehungen stärker als bisher pflegen und nutzen.

Die Bürger\*innen können ihre Interesse jedoch auch selbst vertreten, indem sie sich zum Beispiel in Vereinen und Gewerkschaften engagieren. Die Website Abgeordnetenwatch ([www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de)) versucht mehr Transparenz über die Tätigkeiten von Politiker\*innen zu liefern. Sie untersuchen, wie Abgeordnete den Spagat zwischen Interessenvertretung der Wähler\*innen und ihrer eigenen Partei schaffen. (5) (6)



### 3. Weitere Herausforderungen an das demokratische System

Die Demokratie bringt so manche weitere Herausforderung mit sich. Eine zeigt sich in dem demokratischen Grundwert der Gleichheit aller. Die Tatsache, dass die Gleichheit faktisch kaum erreicht wird, fördert häufig Frustration. Zum Beispiel besitzen einige Menschen sehr viel weniger als andere oder verdienen für die gleiche Arbeit unterschiedlich viel Geld. Hier wird die Unmöglichkeit der „Gleichheit aller“ sehr deutlich.

Auch stellt der Umgang mit Medien eine ganz besondere Herausforderung dar. Obwohl die Medien eine große Rolle für die Information für die Bürger\*innen stellen, bieten sie uns auch „Scheinwelten“, in die wir abtauchen können, um unseren Problemen auszuweichen anstatt diese zu lösen. Eigentlich ist aber die Mitgestaltung von Entscheidungen gefragt und wir verzichten durch unser „Abtauchen“ auf die Möglichkeiten mündiger Bürger\*innen.

Ein demokratisches System kann aber nur überleben, wenn es demokratisch gelebt wird. Durch ein Mitreden und Aktivwerden kann jede und jeder Einzelne die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit mitgestalten. Um sich für individuelle Interessen zu engagieren, können sowohl Verbände und Vereine, aber auch Nichtregierungsorganisationen oder andere aktive Gruppen genutzt werden.

Von großer Bedeutung für das demokratische Miteinander sind mittlerweile die digitalen sozialen Netzwerke, denn hier gelingt ein gemeinsames Engagement von vielen Bürger\*innen sehr schnell und weitreichend, zum Beispiel, wenn es um die Sammlung von Stimmen für eine Petition geht.

Anstatt sich also in Frustration oder Gleichgültigkeit zu verlieren, kann sich jede\*r für die persönlichen Interessen aktiv einbringen, durch die Teilnahme an der Wahl und durch weiteres Engagement. Machen auch Sie mit! (7) (8)

---

#### Quellen

- (1) <http://www.bpb.de/apuz/59712/die-buerger-sollen-es-richten?p=all>.
- (2) <http://www.bpb.de/175930/strukturunterschiede-und-herausforderungen?p=all>
- (3) <http://www.bpb.de/175930/strukturunterschiede-und-herausforderungen?p=all>
- (4) <https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2017-06-16/spenderliste-veroeffentlicht-parteien-kassierten-2015-mehr-als-10-mio-euro-aus-der>
- (5) <http://www.bpb.de/apuz/59707/demokratiereformen-herausforderungen-und-agenden?p=all>
- (6) Thomas Leif, "Von der Symbiose zur Systemkrise", in: APuZ 19/2010, Seite 3 ff., online abrufbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/32761>
- (7) <http://www.bpb.de/175930/strukturunterschiede-und-herausforderungen?p=all>
- (8) Eberhard Sandschneider, "Transformation, Globalisierung und die Zukunft der repräsentativen Demokratie", in: Karl Schmitt (Hg.) Herausforderungen der repräsentativen Demokratie, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2003, Seite 48 ff.
- (9) <http://www.bpb.de/175930/strukturunterschiede-und-herausforderungen?p=all>

---

Herausgeber: Essener Verbund der Immigrant\*innenvereine e.V. • Westfalenstr. 202-204, 45276 Essen • [info@immigrantenverbund.de](mailto:info@immigrantenverbund.de) • [www.immigrantenverbund.de](http://www.immigrantenverbund.de)

Vote D ist ein Gemeinschaftsprojekt zwischen Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH und dem Essener Verbund der Immigrant\*innenvereine e.V. und wird im Zeitraum von Juli 2017 bis September 2017 durchgeführt. Die elektronischen Wahlbriefe werden im Rahmen des Projekts „Vote D Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bundestagswahl 2017“ veröffentlicht. Die Informationen sind dabei stets parteipolitisch neutral und multiperspektiv. Das Projekt wird durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung gefördert.

Die Inhalte der elektronischen Wahlbriefe entsprechen nicht zwangsläufig dem Wissen und der Haltung des Projektes Vote D und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, die das Projekt fördert.

Schirmherr der Projektaktivitäten in Essen ist der Oberbürgermeister der Stadt Essen, Herr Thomas Kufen.

Von August bis September 2017 senden wir Ihnen acht elektronische Wahlbriefe zu. Wenn Sie diese Informationen nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie uns einfach eine E-Mail an [info@immigrantenverbund.de](mailto:info@immigrantenverbund.de) mit dem Betreff "Vote D" und Sie werden aus dem Verteiler entfernt.

ein Projekt von:

Gefördert von:

